



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 24.11.2010

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 01. Dezember 2010, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 25.8.2010
2. 10-A-16-0002
Eingabe von sozialen Einrichtungen und Institutionen
3. 10-A-16-0018
Kommunale Strategien der Jugendhilfe und Sozialpolitik zum Abbau herkunftsbedingter
Bildungsbenachteiligung von jungen Menschen
- Vorstellung der Expertise durch Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe -

4. 10-F-02-0040

Gelbe Karte gegen Alkoholmissbrauch
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2010 -

Nach guten Erfahrungen in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern nimmt Wiesbaden als erste hessische Stadt am Präventionsprojekt "Gelbe Karte" gegen Gewalt und Alkoholmissbrauch teil. Die "Gelbe Karte" in Form eines Schreibens der zuständigen Führersteinstelle, ist gegen Personen gerichtet, die eine Gewalttat oder eine alkoholbedingte Straftat begangen haben. Die Straftäter werden davor gewarnt, dass bei wiederholter Begehung von Straftaten eine medizinisch-psychologische Untersuchung ("Idiotentest") angeordnet werden kann. Diese kann - je nach Ausgang - zum Verlust des Führerscheins führen bzw. den Führerscheinerwerb ausschließen.

Bei der "Gelben Karte" handelt sich um ein Zusatzinstrument zur Prävention außerhalb der Jugendgerichtsbarkeit und ergänzt die übrigen Initiativen gegen den Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen

Der Ausschuss für Soziales möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die bisherigen Erfahrungen des seit April 2010 in Wiesbaden laufenden Präventionsprojekts "Gelbe Karte" zu berichten.

5. 10-F-03-0040

Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2010 -

Vorbemerkung:

In der Ausgabe des Wiesbadener Kuriers vom 22.11.10 wird berichtet, dass die gewährten städtischen Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten nicht ausreichend seien. Aufgrund gestiegener Kosten müsse man entweder die Teilnehmerbeiträge erhöhen, die Freizeiten zeitlich verkürzen oder die Betreuerzahl je Maßnahme reduzieren. Hinzu komme ein wachsender Zuschussbedarf für sozial Schwache (sog. Individualbeihilfen).

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie haben sich die Zuschüsse an die freien Träger der Jugendhilfe in Wiesbaden in den vergangenen 5 Jahren in Bezug auf die Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten entwickelt (Anzahl der Anträge, Anzahl der geförderten Maßnahmen, Anzahl der Teilnehmer/innen, gewährte Zuschüsse p.a.)?
2. Wie wird das Angebot der freien Träger an Kinder- und Jugendfreizeiten seitens des Magistrats bewertet?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat weiterhin ein angemessenes Angebot an Kinder- und Jugendfreizeiten sicherzustellen, z.B. durch eine Änderung der Zuschussrichtlinien für die Freizeiten, Erhöhung des Zuschusses an den Stadtjugendring etc.?

6. 10-F-02-0039

Sprachförderprogramm "Frühe Chancen für Kinder"
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2010 -

Zur besseren Sprachentwicklung von Kleinkindern mit Migrationshintergrund hat Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder die Initiative "Offensive Frühe Chancen" gestartet. Diese richtet sich vor allem an Kinder unter drei Jahren, die Hilfe bei ihrer sprachlichen Entwicklung brauchen. Dafür stellt der Bund von 2011 bis 2014 rund 400 Millionen Euro zur Verfügung, um bis zu 4.000 Einrichtungen zu "Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" auszubauen.

Die teilnehmenden Kitas erhalten pro Jahr 25.000 Euro, um damit eine zusätzliche Halbtagesstelle zu schaffen, für Personal, das in der Sprachförderung besonders qualifiziert ist. Das Besondere: Eine Kofinanzierung ist nicht erforderlich. Kindertageseinrichtungen können sich bis zum 15. Dezember 2010 unter www.fruehe-chancen.de als "Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration" bewerben.

Der Ausschuss für Soziales möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten - soweit nicht bereits geschehen - das Programm bei den Wiesbadener Kindertagesstätten bekannt zu machen und bei Bedarf Hilfestellung im Bewerbungsverfahren sowie der ggf. erforderlichen Bildung von Kita-Verbänden zu leisten.

7. 10-F-02-0038

Kommunaler Kostenausgleich für auswärtige Kita-Kinder
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2010 -

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand seiner Bemühungen zu berichten, die Erstattungsansprüche der Stadt gegenüber Umlandgemeinden in Höhe von jährlich rund 540 T€ durchzusetzen.
2. Dabei ist insbesondere darauf einzugehen,
 - a) was in Erledigung des Beschlusses 0191 der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.10 (Auftrag zur Wiederaufnahme der Klage) veranlasst wurde
 - b) wie sich die Bemühungen zur Neuformulierung des § 28 Hess. Kinder- und Jugendgesetzbuch entwickeln
 - c) wie sichergestellt ist, dass es nicht zur Verjährung bestehender Erstattungsansprüche kommt.

8. 10-F-03-0039

Schadstoffbelastetes Spielzeug
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2010 -

Untersuchungen zu Schadstoffbelastungen von Spielsachen und kindernahen Produkten stellen immer wieder hohe Konzentrationen von gesundheitsgefährdenden Stoffen fest: Phtalate in Artikeln aus Weich-PVC, Bisphenol in Babyprodukten, bromierte Flammschutzmittel in Elektrospielzeug und Plüschtieren sowie Organzinnverbindungen in Wasserspielzeugen gefährden die Gesundheit unserer Kinder.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - a. wie er sicherstellt, dass bei eigenen Kindertagesstätten und den Einrichtungen freier Träger ausschließlich schadstofffreies Spielzeug zum Einsatz kommt?
 - b. ob und wie er bei der Anschaffung von Spielzeugen darauf achtet, dass es mit einschlägigen Prüfsiegeln, wie „Öko-Tex 100“ oder „spiel gut“ ausgezeichnet ist?
2. Der Magistrat wird weiterhin gebeten,
 - a. darauf hinzuwirken, dass ausschließlich qualitätsgeprüftes Spielzeug gekauft wird.
 - b. falls noch nicht geschehen, die Zuschussrichtlinien dahingehen zu ändern, dass ausschließlich schadstofffreies Spielzeug angeschafft wird.
 - c. in Zweifelsfällen oder größeren Ordnern darauf einzuwirken, dass von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, direkt bei den Händlern nachzufragen, ob in einem Artikel gefährliche Chemikalien eingesetzt wurden. Aufgrund der Chemikalienverordnung REACH ist der Händler innerhalb von 45 Tagen auskunftspflichtig.

9. 10-F-01-0102

ANLAGE

Versorgung sicherstellen, Beschäftigung fördern
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.11.2010* -

10. 10-F-25-0076

Koordinierungsstelle Übergang Schule-Beruf
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2010 -

Vorbemerkung:

In der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Soziales am 27.10.2010 wurde die Magistratsvorlage 10-V-51-0056 „Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf“ zurückgestellt.

Um die Koordinierungsstelle optimaler zu gestalten, wird eine Modifizierung der Magistratsvorlage vorgeschlagen. Hierbei sind die konzeptionellen Überlegungen der Lehrerinnen und Lehrer des Berufsschulzentrums ergänzend zu berücksichtigen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. im Rahmen des Bundesvorhabens „Jugend stärken: Aktiv in der Region“ eine Koordinierungsstelle im Übergang Allgemeinbildende Schule-Ausbildung durch die Abteilung Schulsozialarbeit in Kooperation mit HessenCampus einzurichten. Schülerinnen und Schüler, die eine der Vollzeitschulformen einer beruflichen Schule im Berufsschulzentrum besuchen in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung, wie Berufsgrundbildungsjahr, zweijährige Berufsfachschule sowie Ein- und Zweijährige Höhere Berufsfachschule, werden unter Regie der Koordinierungsstelle durch die Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit Hessencampus Wiesbaden begleitet.
2. zu prüfen, ob die Unterbringung der Schulsozialarbeit in räumlicher Nähe zu HessenCampus möglich ist, mit dem Ziel eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und HessenCampus zu erreichen und um den Schülerinnen und Schülern unnötige Wege zwischen den Beratungsstellen im Berufsschulzentrum zu ersparen.

11. 10-V-51-0056

DL 36/10-5, 35/10-1 , 34/10-17

Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf

12. 10-F-06-0063

Bearbeitungsdauer von Anträgen im Bereich der SGB II-Leistungsberechtigten
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 24.11.2010 -

Seit Monaten gibt es immer häufiger Kenntnis über Beschwerden von Leistungsberechtigten nach SGB II wegen unzumutbar langer Bearbeitungszeiten bei Anträgen an das Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Aus welchen Gründen werden Anträge an das Amt für Soziale Arbeit auch nach mehr als neun Monaten nach Antragstellung nicht beantwortet?
2. Ist der Amtsleitung die Praxis solcher extrem langer Bearbeitungszeiten bekannt?
3. Gibt es personelle Engpässe und eine darin begründete Überlastung der Mitarbeiter/innen, die diese langen Bearbeitungszeiten begründen?
4. Sollen Anträge auf finanzielle Leistungen auf diese Weise für einige Monate hinausgezögert werden, um den Haushalt zumindest für diese Zeit zu entlasten?
5. Bei wie vielen Anträgen mussten die Antragsteller 6 Monate oder länger auf eine Bearbeitung ihres Antrages warten?
6. Wie kann das Amt für Soziale Arbeit diese bürgerunfreundliche Praxis verändern?

13. 10-A-16-0001

Bericht des Sozialdezernenten

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 10-V-05-0003

DL 40/10-2

Kampagne "Fleischfreier Donnerstag " in der Stadt Wiesbaden

2. 10-V-20-0054

DL 41/10-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2010

3. 10-V-20-0057

DL 40/10-4

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. 10-V-51-0036

DL 40/10-8, 25/10-8

Jahresbericht SGB II 2009

5. 10-V-51-0050

DL 39/10-6

Soziale Stadt Inneres Westend
Umfinanzierung von Maßnahmen

6. 10-V-51-0061

DL 41/10-8

Konzept "Zielgruppenorientierte Elternbildung"

7. 10-V-80-8023

DL 40/10-11

Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen " - Greenteam -
Projektverlängerung

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales am 01. Dezember 2010

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender